Corona-Gipfel

Handel warnt vor strengeren Vorgaben

Mittwoch, 25.11.2020

Vor dem heutigen Corona-Gipfel der Bundeskanzlerin mit den Ministerpräsidenten warnt der Handelsverband Deutschland (HDE) vor den Folgen strengerer Beschränkungen für die maximale Kundenzahl in den Geschäften. Die Bundesregierung hatte am gestrigen Abend den Vorschlag gemacht, nur noch einen Kunden pro 25 statt wie bisher pro zehn Quadratmetern Verkaufsfläche zuzulassen.

„Wenn nur noch wenige Menschen gleichzeitig den Supermarkt oder das Modehaus in der Innenstadt betreten dürfen, dann führt das zwangsläufig zu langen Schlangen vor den Geschäften und in den Fußgängerzonen. Das aber könnte den Kunden den Eindruck von erhöhter Nachfrage und Warenknappheit vermitteln und am Ende zu erneuten Hamsterkäufen im Lebensmittelhandel führen. Diese Entwicklung sollte unbedingt vermieden werden, damit der Handel auch weiterhin flächendeckend die Versorgung der Bevölkerung mit Waren des täglichen Bedarfs sicherstellen kann“, so HDE-Hauptgeschäftsführer Stefan Genth. Zudem sei es auch nicht im Sinne der Eindämmung der Pandemie, wenn viele Kunden vor den Geschäften wartend bei kalter Witterung eng beieinander stünden. Der HDE fordert deshalb, bei der aktuellen Regelung zu bleiben. Die jetzige Festlegung von zehn Quadratmetern pro Kunde ist die konsequente rechnerische Umsetzung der Abstandsregel von 1,5 Metern und damit die Anwendung der Empfehlung des Robert-Koch-Instituts. „Die Hygienekonzepte der Handelsunternehmen haben sich bewährt, es gibt keine Hotspots beim Einkaufen. Deshalb gibt es auch keinen Grund, die Regeln zu verschärfen“, so Genth weiter.

Wichtig sei auch, dass jetzt kein föderaler Flickenteppich an Regeln entstehe. „Wenn nun einzelne Ministerpräsidenten bereits vor den Beratungen mit der Bundeskanzlerin ankündigen, die gemeinschaftlich vereinbarten Corona-Beschränkungen für ihr Bundesland womöglich nachschärfen zu wollen, ist das kontraproduktiv. Ein föderaler Flickenteppich mit regionalen Sonderregelungen gefährdet die gesellschaftliche Akzeptanz für die Vorgaben“, so Genth. Insbesondere für die zahlreichen über Bundesländer-Grenzen hinweg tätigen Handelsunternehmen sind örtlich voneinander abweichende Normen eine Herausforderung. Dringenden Handlungsbedarf sieht der Handelsverband nach wie vor bei den Hilfsmaßnahmen für die innerstädtischen Handelsunternehmen. „Die Bundesregierung muss jetzt den innerstädtischen Handel unterstützen und die Kriterien für die Überbrückungshilfen anpassen. Die Politik muss jetzt handeln oder sie nimmt verödete Innenstädte sehenden Auges in Kauf“, so Genth.

Handel warnt vor strengeren Vorgaben

- [HDE](#)